

Besteht seit
mit Ausnahme
der Tage nach den
Sonntagen und
Feiertagen. Preis
Seml. 1 Gr. 6 Pf.
monatlich 7 Gr.
6 Pf., mit Post
8 Gr. 6 Pf.

Volks-Zeitung.

Besteht seit
mit Ausnahme
der Tage nach den
Sonntagen und
Feiertagen. Preis
Seml. 1 Gr. 6 Pf.
monatlich 7 Gr.
6 Pf., mit Post
8 Gr. 6 Pf.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Nr 95.

Berlin, Freitag den 24. April.

1857.

Die Pressfreiheit und die Parteien.

I.

Wir haben während der Zeit, daß im Abgeordneten-
hause die sogenannte Pressdebatte stattgefunden, ein Still-
schweigen beobachtet, das unsere Leser schwerlich mißverstan-
den haben; denn allenthalben, wo die Presse nicht volle Frei-
heit des Wortes genießt, ist ganzes Schweigen beredeter, als
halbes Sprechen.

Wenn wir heute hierüber das Wort nehmen, geschieht
es nicht, um für die Freiheit der Presse zu kämpfen, son-
dern einiges Licht über die Natur dieses Kampfes zu geben,
den wir in den jüngsten Tagen sich vergeblich abmühen
sahen.

Die Vergeblichkeit — das eben wollen wir zeigen —
liegt in dem Kampfe selbst.

Die Pressfreiheit ist nicht eine Freiheit für sich; sie ist
nur eine Garantie für die Freiheit, oder richtiger den Rechts-
zustand anderer Verhältnisse. Wo Pressfreiheit existirt, ist
daraus nicht gerade die Presse besser oder schlechter als an-
derswo, sondern sie ist ein Merkzeichen, daß die Mehrheit
der Nation mit dem allgemeinen Zustand der Regierung
zufrieden ist und daß die Regierung kein Urtheil der öffent-
lichen Stimme zu scheuen braucht.

Unter solchen Umständen kann man sogar das Gegen-
theil von dem sagen, was man gewöhnlich behaupten hört.
Eine Regierung, die durch Gewähr der Pressfreiheit dar-
thut, daß sie ein öffentliches Urtheil nicht zu scheuen braucht,
wird gerade durch einen Mißbrauch der Pressfreiheit, durch
eine ungerechte Uebertreibung des Tadelns in hohem Grade
gestärkt. Der jetzige Sieg des englischen Ministeriums
ist ein schlagender Beweis hierfür. Die oppositionelle
Presse und sogar die oppositionelle Majorität im Parlament
unterlag in England, weil die Opposition gemißbraucht
und übertrieben wurde. Die Ungerechtigkeit rächt sich im
freien Zustande durch den eigenen Untergang.

Even so wie dies ist auch das Folgende wahr.

Allenthalben, wo eine Unzufriedenheit mit den allgemei-
nen Zuständen herrscht, da kann eine Regierung, wenn sie
das System nicht ändern will oder kann, keine Pressfreiheit
gewähren. Die Freiheit der Presse würde hier eine Waffe
in der Hand der Opposition werden, und zwar eine der
Regierung gefährliche Waffe. Will also die Regierung
sich nicht selbst vernichten, so darf sie diese Waffe nicht
frei geben. Gibt sie diese nicht frei, so liegt darin das

offene Bekenntniß, daß sie einer Opposition mit dieser Waffe
in der Hand nicht Herr werden könnte

So ist z. B. in Frankreich die Pressfreiheit eine Un-
möglichkeit. Wenn ein französischer höchster Gerichtshof
erkennt, daß selbst Wahlzettel den Präfekten zur Benützung
vorgelegt werden müssen, so hat er vollkommen recht und
stellt ein wahreres und richtigeres Zeugniß über den Zu-
stand Frankreichs aus als Diejenigen, die da wähnen, daß
Frankreich — das jetzige Frankreich — diese Freiheit ver-
trägt. Die russische Regierung, wenn sie wie zeither fort-
fährt, den Staatszustand zu verbessern, kann eher eine freie
Sprache der Presse vertragen, als die französische. Im
jetzigen Rußland würde die freie Presse schnell eine Stütze
aller besseren Bestrebungen der Regierung werden, in
Frankreich würde sie unfehlbar die Regierung stürzen.

Wir haben daher über die Frage der freien Presse
folgende allgemeine Regel stets bewahrheitet gefunden.

Allenthalben, wo eine Regierung sagt: „Wir können
keine freie Presse dulden!“ da hat sie recht! Sie muß es
besser wissen!

Diejenigen, die unter solchen Umständen dennoch eine
freiere Presse verlangen, gehören daher meistens zwei sehr
verschiedenen Parteien an. Eine dieser Parteien steht in
wirklicher Opposition mit der Regierung. Sie will eine
freiere Presse, weil sie sich klar macht, daß diese eine Waffe
gegen die Regierung sein würde. Spricht sie auch dieses
ihr Prinzip nicht aus, hüllt sie sich auch unter den Mantel
der Verfassungsmäßigkeit, der Gerechtigkeit, der Billigkeit,
der Gesetzmäßigkeit und dergleichen, so ist dies nur eine etwas
durchsichtig gewordene Klugheit. Es ist sogar ein taktvolles
Manöver, hierbei von einer Stärkung der Regierung zu
sprechen, obwohl dies sonderbar klingt gegen die Abwehr,
die die Regierung hiergegen in den meisten Fällen erweist.
Es tritt aber auch oft eine zweite Partei für eine freiere
Presse auf, die ganz der entgegengesetzten Ansicht ist. Diese
ist der Meinung, daß der allgemeine Zustand ein besorgni-
gender sei und deshalb ein öffentliches Urtheil keineswegs
zu scheuen habe. Sie setzt im Gegentheil voraus, daß durch
die freie Presse nur die innerliche Befriedigung der Nation
ans Tageslicht treten, etwanige Opposition sich selbst ver-
nichten würde. — Sie reicht demnach oft der ersteren Par-
tei die Hand zu einem gleichen Ziel, aber mit ganz entgegen-
gesetzten Voraussetzungen. —

In den meisten Fällen dieser Art, die gar häufig in
der Geschichte vorkommen, stellt es sich heraus, daß sich die
Regierung weder von der einen Partei über ihre Absichten,

nach von der andern über sich selber täuschen läßt. Sie erwehrt sich der einen wie der andern, und nimmt lieber die Opposition beider zeitweilig, ehe sie der einen jene Waffe zum Angriff und der andern zur Vertheidigung in die Hände giebt. Dies ist eine Wahrnehmung, die man im Allgemeinen macht; wie diese aber auch mindestens theilweise bei uns zutrifft, das wollen wir in der folgenden Betrachtung zeigen, in welcher wir einen Umriss der Kammerverhandlungen unsern Lesern vorführen wollen, wo die Linke einerseits, die äußerste Rechte andererseits in scheinbar gleichen Zielen, die Regierung aber abwehrend gegen beide dagestanden.

Berlin, den 23. April 1857.

— Die Neue Preussische Zeitung ist unserer Forderung, unsern Artikel aus Nr. 91 abzu drucken, nicht nachgekommen. Sie sucht diese Ablehnung vor ihren Lesern durch eine neue Entstellung des Thatsächlichen zu motiviren, indem sie sagt, wir hätten uns darüber beklagt, daß sie uns radikaler und materialistischer Tendenzen beschuldigt, und wir machten nun die schlaue Wendung, als ob sie, die Kreuzzeitung, diesen Materialismus in Nr. 91 unserer Zeitung gefunden hätte. Das ist gradezu eine Unwahrheit. Wir haben wörtlich gesagt: „sie nennt uns ein Organ des Radikalismus, eine Vertreterin des Materialismus“ — „welche Urtheile über unsere Tendenzen die Kreuzzeitung fällt, das müssen wir ihr anheimstellen, sie beschuldigt uns aber tatsächlicher Verbrechen, die vor dem Rechte straffällig sind, sie behauptet, daß wir jede positive Regung auf dem Gebiete der Kirche mit Haß und Bosheit verfolgen.“ Wegen dieser Beschuldigung allein, welche, wie wir noch hinzusetzten, uns das Recht geben würde, vor Gericht gegen die Kreuzzeitung aufzutreten, verlangten wir den Abdruck unseres Artikels aus Nr. 91. Und mit vollem Rechte, denn nach den Anschauungen der Kreuz- und der evangelischen Kirchenzeitung gehört die Reaktion gegen das Berliner Gesangbuch offenbar auch zu den positiven Regungen auf dem Gebiete der Kirche, und ihre Leser müßten daher annehmen, daß wir auch diese Regung, welche wir in unserm Artikel in Nr. 88. und 91. besprochen hatten, mit Haß und Bosheit verfolgt hätten. Um hierüber die Leser der Kreuzzeitung aufzuklären und ihnen überhaupt Gelegenheit zu geben, sich durch eigene Anschauung zu überzeugen, wie wir über religiöse Gegenstände zu schreiben pflegen, verlangten wir den Abdruck des letzten der beiden Artikel. — Wir würden nun unser gutes Recht vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung weiter verfolgen, wenn wir nicht überhaupt aus triftigen Gründen veranlaßt wären, den ganzen Lieberstreit für jetzt nicht weiter zu berühren. Um so mehr Anlaß freilich für die Kreuzzeitung, wenn es ihr nicht um Verleumdungen, sondern um die Wahrheit zu thun, ihre Leser vollständig aufzuklären. Wie sie sich hierüber entscheiden will, das müssen wir somit jetzt lediglich ihrem eigenen Gewissen anheimstellen. —

— Die heute Abend ausgegebene Nr. der „N. Pr. Z.“ enthält in dieser Sache noch folgendes: „Der Superintendent Kober hat die Güte, an den Chef-Redakteur dieses Blattes das folgende Schreiben zu richten:

„Ew. Wohlgeboren haben in einem Leitartikel Ihrer Zeitung am Montage dieser Woche eine Sache zur Sprache gebracht, von der ich recht sehr bedauere, daß sie zuerst in einer Zeitschrift ange regert ist, deren Tendenz, wie ich bestimmt und ehrlich versichern kann, mir gänzlich unbekannt gewesen ist. Es ist mir eine große Befriedigung, daß ich es nicht allein hier aussprechen kann, sondern daß es auch weithin bekannt ist, daß ich mit meinem lieben Amtsbruder und Kollegen in der herzlichsten Einheit des Glaubens und der Liebe stehe, und daß wir auch in den Wegen, die zu der Lösung der Aufgaben unseres heiligen Amtes führen, durchaus eines Sinnes sind. Auch dieser bedauerliche Vorfall hat unser Verhältnis nicht stören können. Wir haben Beide die Angelegenheit in kräftiger und offener Weise besprochen und vollständig zu unserer Befriedigung ausgeglichen. — Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, geehrter Herr Redakteur, diese Mittheilung zu machen, und überlasse ich Ihnen gern, davon den geeigneten Gebrauch zu machen. Hochachtungsvoll Ew. Wohlgeboren ergebenster
Berlin, den 22. April 1857. Kober, Superintendent.“

Es scheint uns am angemessensten, diesen Zeilen hier Raum zu geben und so die Mittheilungen über diesen Gegenstand zu schließen, dessen öffentliche Besprechung wir uns bereits nicht veranlaßt haben.“

— Sitzung der Abgeordneten vom 23. April. Ueber die Petition der Berliner Buchhändler zur Unterstüßung des Rath'schen Antrages ging man zur Tagesordnung über; ebenso mit 120 gegen 102 Stimmen über die Petition des Herrn Schmitz zu Köln, des ehemaligen Geranten der unterbrachten deutsch-deutschen Volkshalle, welcher darum bat, man möge ihm zur Wiedererlangung seiner Konzession und Rücknahme der gegen ihn ausgesprochenen Bescholtenheitsklärung verhelfen. Mit der Linken stimmten bei der zweiten Petition Wagener, Graf Pfeil und einige andere Abgeordnete der Rechten. Graf Schwerin kündigte eine Interpellation an: ob die Regierung die Verordnung vom 15. September v. J. über die Verwaltung der Polizei-Angelegenheiten auf dem platten Lande gegenüber den Beschlüssen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses aufrecht erhalten wolle. — Es folgte die Berathung zahlreicher Petitionen, darunter ein Gesuch von Elementarlehrern um Verbesserung ihres Einkommens. Dasselbe wurde von Berger und Harfort unterstützt und schließlich zurückgelegt, um mit dem bekannten Harfort'schen Antrage verbunden zu werden.

— Das Herrenhaus hat in seiner heutigen Sitzung das Salzstergesetz mit 95 gegen 21 Stimmen verworfen.

— Der heutige „Staatsanz.“ enthält einen allerhöchsten Erlaß vom 20. April 1857 betreffend. Die Ermächtigung zur Uebernahme der Verwaltung des Unternehmens der Wilhelms-Eisenbahngesellschaft (Kosel-Oberberger) Seitens des Staats.

— Der Bau der zweiten hiesigen Wasch- und Badeanstalt in der Auguststraße ist bereits so weit vorgeschritten, daß die Beendigung unumkehr baldigst zu erwarten steht.

— Man schreibt der „Pr. Kor.“ aus Düsseldorf vom 20. d. M. über den Stand der Saaten. Die jungen Saaten stehen überall gut und lassen das Beste hoffen. Die Delizucht hat anscheinend durch die Nachtfröste wenig gelitten.

— Der im Verlage von Louis Hirsch hier erschienene Roman: „Ein verlorener Sohn von Karl Ed.“ der am 7. März in der Druckerei polizeilich mit Beschlagnahme belegt und nach drei Wochen wieder frei gegeben ward, ist gestern zum zweiten Male in allen hiesigen Buchhandlungen konfisziert worden. — Die vor Kurzem im Verlage von Otto Janke in Berlin erschienenen „Pariser Kaiserflitzen“ von Theodor Mundt, die eine sehr scharfe, aber doch auch zugleich sehr objektiv gehaltene Schilderung der heutigen französischen Zustände geben, sind in Straßburg, wo sie von einer dortigen Buchhandlung verlangt wurden, von der Polizeibehörde konfisziert worden, unter dem Vorgeben, „weil das Buch feindselig gegen den Kaiser geschrieben sei.“ Der Verleger reklamirt in dem „Börsenblatt“ für den deutschen Buchhandel auf energische Weise sein Eigenthum, indem er die Straßburger Polizeibehörde nicht für befugt erklärt, ein Buch zu konfisziiren, das einem berliner Verleger gehört, der es unter dem Schutz seiner Behörde gedruckt hat. Für den deutschen Buchhandel ist diese Sache allerdings von großer Wichtigkeit, und es wäre zu wünschen, daß dieselbe demnächst zu einer weiteren Aufnahme käme. Selbst die russischen und österreichischen Behörden sollen die bei ihnen nicht lieblich befundenen Werke den Verlegern und rechtmäßigen Eigenthümern wieder zurückstellen.

— Aus Karlsruhe wird der „N. Pr. Z.“ berichtet: England ist bekanntlich das Land der Wette. So wohnt gegenwärtig ein reicher Sohn Albions hier, der die sonderbare Wette einging, eine Million verbrauchter Briefmarken aus aller Herren Ländern binnen Jahresfrist zu sammeln, mit denen er sich später ein Zimmer zu tapetieren gedenkt. Dieses Geschäft übergab er einem Waisenknaben unserer Stadt unter dem notariell aufgenommenen und deponirten Versprechen, ihm im Falle des Gelingens die Summe von 150,000 Gulden zu schenken. Da bis jetzt dem armen Kinde noch manche 100,000 Markten fehlen, so wäre es wünschenswert, daß sich in jeder Stadt menschenfreundliche Sammlerinnen fänden (und wo trübe man solche nicht?) die dem Armen unter die Arme griffen. Dem Waisen wäre dadurch die Zukunft gesichert.“

— Theater am Freitag den 24. April. Opernhaus: Der

Zweikampf. (Sr. Wolff: Cantarelli als Gast.) In Potsdam: Der geheime Agent. Friedrich-Wilhelmsstadt: Robert und Bertram. Königsstadt: Otto Sellmann. (Sr. Fischer.) Kroll: Die Schwestern. Die weiblichen Drillinge. Sachsen in Preußen. (Hr. Gense, von ihrer Urlaubreise zurückgelehrt, wird in obigen drei Stücken wieder auftr'eu.)

Stettin, 22. April. Die „Off. Btg.“ schreibt: Die neulich erwähnte Heranziehung von Militär zum Getreidetragen hat die gute Wirkung gehabt, daß diejenigen Träger, welche die Arbeit niedergelegt hatten, dieselbe fast alle wieder aufgenommen haben. Erzhem ist wegen Mangel an Arbeitern noch Militär zur Ausfüllung beim Verladen beschäftigt.

Aus der Rheinprovinz. Man schreibt der Kreuzzeitung aus Schlesien, um die körperliche Züchtigung zu empfehlen: „Die Zustände werden immer trauriger. Die Verbrechen häufen sich, die Gefängnisse sind überfüllt, die Zahl der Verurtheilten, die ihrer Strafe harren, wächst, die Unsicherheit des Eigenthums wird größer. Wenig Diensthofen sind, die nicht ihre Herrschaft bestreben, und für Alles finden sie willige Abnehmer; wenige Arbeiter sind völlig ehrlich, Tennen werden abgeräumt, Böden, Keller werden geleert; wenig kleine Wirthe enthalten sich des Felddiebstahls, Kartoffelfelder werden gekümbert, Kaps wird auf dem Felde ausgedroschen, die Aehren werden von den Galmen geschnitten; die Diebe kansen sich einzeln gelegene Besitzungen und haben ihre Höhlen auf den Feldern, sie bilden meilenlange Ketten und organisirte Banden. Dabei wächst ein schreckliches Geschlecht heran in den vagabundirenden Kindern beider Geschlechter, die nicht der Eltern Grausamkeit und Noth, sondern ihre Lust fortreibt.“ Von allen den gehäufsten Angriffen auf das Eigenthum hört man aus anderen Provinzen wenig; am Rhein haben trotz der wachsenden Bevölkerung die Vergehen nicht zugenommen. Entweder die Noth muß dort zum Erschrecken groß sein, und dann wird es Aufgabe des Staates, zu sorgen, wie dort durch bessere Verkehrsbedingungen Verdienst geschaffen wird, oder die Besitzer thun ihre Schuldigkeit nicht, oder alle unsere Bildungsanstalten tangen nichts, da die vagabundirenden Kinder ein neues Verbrecher-Geschlecht erzeugen. Es giebt entweder keine Schule, keine Polizei, keine Möglichkeit des Erwerbes, oder die Besitzer wünschen bloß eine Sklaven-Bevölkerung, die am billigsten mit der Peitsche zu regieren ist. Ein anderer Grund ist nicht zu finden, es müßte denn sein, daß auf jenem Flecke deutschen Bodens eine ganz aparte Menschenrace wohne, die mit der übrigen nichts gemein hat. (Aachener Btg.)

Stuttgart, 19. April. Gestern versammelte sich ein großer Theil der Mitglieder der Handwerkerbank im Württemberger Hof. Die Veranlassung sollte, wie der Vorstand der Gesellschaft sich ausdrückte, eine unterhaltende sein; jedoch bezeichnete derselbe diese Versammlungen für die Mitglieder als von großem Werth, indem sie Gelegenheit finden, über das Wesen der Handwerkerbank sich zu verständigen und derselben im Interesse des Handwerkerstandes dadurch mehr Verbreitung zu verschaffen. Der Vorstand erwähnte des vermaligen Standes der Gesellschaft, wonach seit Januar d. J. die Mitgliederzahl sich von 214 auf 317 vermehrte und allein seit Januar die Summe von 17,000 fl. umgesetzt wurde; ebenso stiegen die monatlichen Beiträge der Mitglieder in diesem Jahr von 600 bis 13,000 fl. Dieser so erfreuliche Stand veranlaßte hierauf ein Mitglied, den Wunsch auszusprechen, es möchte sich der gesammte Handwerkerstand diesem Institut zuwenden, und erwähnte mit allgemeinem Beifall, daß die so schönen Erfolge allein der so umsichtigen, geschäftstüchtigen und hingebenden Leitung der Leiter des Vereins zu verdanken seien. Im Verlaufe erwähnte der Vorstand des für die Handwerker so mißlichen Gebrauchs ihrer Kunden, ihre Rechnungen nur jährlich zu bezahlen, und sagte, da nun wohl der Handwerker durch diese Bank stets in den Stand gesetzt sei, Geld sich zu verschaffen, dasselbe aber immer spätestens nach einem Jahre wieder zurückbezahlt werden müsse, so werde es dringend geboten sein, dahin zu wirken, daß sich das Publikum ferner angewöhne, seine Rechnungen auch mindestens halbjährlich zu bezahlen, und beantragt, die Gesellschaft solle den Ausschuß beauftragen, er möge diese Sache in Erwägung ziehen und in nächster Versammlung Bericht erstatten, damit alsdann, wie er hofft, im Verein mit dem Gewerbe- und andern Vereinen, Schritte

geschehen können, um auch in dieser Beziehung dem Handwerker Erleichterung zu verschaffen.

Paris, 21. April. Die gestrige (achte) Sitzung der neuerburger Konferenz war, wie man der „R. Z.“ schreibt, sehr bewegt. Nach dem Vortrage des Vermittlungsprojectes, das Graf Walewski ausgearbeitet hat, begann eine lange und ernste Diskussion. Lord Cowley sowohl, als Hr. v. Hübnier sprachen sich für das Projekt aus, welches von dem Grafen Hatzfeldt in mehreren Punkten bekämpft wurde. Die Diskussion schloß mit der Erklärung der Bevollmächtigten Preußens und der Schweiz, an ihre resp. Regierungen berichten zu müssen und neue Instruktionen abzuwarten. Graf Walewski erklärte hierauf die Sitzungen der Konferenz für suspendirt bis zum Empfang der neuen Instruktionen oder Vollmachten der beiden Bevollmächtigten. Die Sitzung, die um 3 Uhr begonnen hatte, schloß um 6¼ Uhr. Was das betreffende Projekt selbst anbelangt, so hofft man, daß es in Berlin und Bern zur Annahme gelangen werde. Was den Dr. Kern betrifft, so reißt derselbe heute Abends nach Bern ab, um direkt mit dem Bundesrath Rücksprache zu nehmen, und man giebt sich schon der Hoffnung hin, daß er die Vollmacht zur Annahme des Projectes zurückbringen werde. Herr Kern hatte heute Nachmittags um drei Uhr noch eine längere Audienz beim Kaiser, um eine letzte Besprechung mit ihm in dieser Angelegenheit zu haben. Die nächste Sitzung der Konferenz findet nicht vor dem 8. Juni statt. — Aus Toulon vom 21. theilt man mit, daß der Großfürst Konstantin mit dem russischen Geschwader am 20. April um 3 Uhr auf der Rhebe eintraf. Sämmtliche Kriegsschiffe gaben je nach dem Naherücken der Russen nach einander 21 Salut-Schüsse; dann folgte eine allgemeine Begrüßungs-Salve und nun die Lebehoch-Rufe der Mannschaften. Mit Fremden besetzte beslagte Dampfer folgten der kaiserlichen Flotille. Um 4 Uhr landete der Großfürst am Arsenal, wo er von den Marine-, Zivil- und Gemeinde-Behörden empfangen wurde. Reden wurden nicht gehalten. Nach seiner Landung äußerte der Prinz den Wunsch, vor der Fronte der zu seinem Empfange anwesenden Truppen vorübergehen zu wollen. Eine unabsehbare Menschenmenge wohnte dieser Festlichkeit bei. General Lotleben wurde mit Lebehochs empfangen. Am Morgen des 21. besuchte der Großfürst das Arsenal.

* Paris, 21. April. Die Konferenz, welche gestern in dem Ministerium des Aeußern stattfand, hat, wie es heißt, einen großen Schritt zur Lösung der neuerburger Angelegenheit vorwärts gemacht. Der König von Preußen soll seine Entschädigungs-Ansprüche bedeutend herabgesetzt haben und man hofft, daß die Schlussführung vor dem 1. Mai stattfinden werde. — Man weiß, daß Herr Benedetti, Direktor der politischen Angelegenheiten, seit mehreren Monaten abwesend ist. Er ist mit einer speziellen Mission in Egypten beauftragt. — Man versichert, daß der Befehl von Madrid aus an alle Kriegshäfen Spaniens ergangen ist, die gegenwärtigen Rüstungen einzustellen. Dieser Umstand scheint zu bestätigen, daß die Differenz mit Mexiko auf dem besten Wege zur Ausleichung sich befindet. — Die französische Flotte in China wird immer noch verstärkt. — Ein Privat Schreiben aus London vom 20. theilt mit, daß die nach China bestimmten Expeditionstruppen sich auf 15,000 Mann belaufen. Sie bestehen aus einer Division und zwei Brigaden, jede von drei Regimentern, außerdem zwei Bataillonen Marinesoldaten, vier Kompagnien Marine-Artillerie. Es sind ausgesuchte Truppen und sie werden vom Generallieutenant Lord Ashburnham kommandirt. — Die neulich von dem „Hays“ gebrachte Nachricht, daß Portugal gleichfalls eine kleine Expedition gegen China im Interesse seiner Kolonie Macao ausrüste, wird heute von der „Patrie“ vollkommen in Abrede gestellt.

London, 21. April. Der „Advertiser“ warnt Sardinien vor der falschen Freundschaft der Russen und Bonapartisten. Oesterreich sei ihm ein offener Feind und daher lange nicht so gefährlich wie der Czar, der es zu vorübergehenden diplomatischen Zwecken aufhebe und in einer Sackgasse stehen lassen werde, oder wie Napoleon, der einerseits einen Theil der ultramontanen Partei zu berücksichtigen habe, andererseits auf eine bereinstige Einverleibung von Savoyen spekulire. — Auf einem gestern stattgefundenen Arbeiter-Meeting, das von Parteigenossen der Manchester-Schule und Chartisten berufen war, wurden mehrere Re-

solutionen gefaßt, in welchen die Anwesenden ihr lebhaftes Bedauern über die Ausschließung Brights, Cobdens &c. aus dem Parlamente aussprechen.

Im Krystallpalaste zu Sydenham soll im Jahre 1859 zur hundertjährigen Gedächtnisfeier von Händel's Tode ein großes Musikfest veranstaltet werden. Um sich darüber zu vergewissern, in wie fern sich das Gebäude für derartige Aufführungen eignet, soll schon in diesem Jahre eine Art Probefest stattfinden, die in ziemlich großartigem Maßstabe angelegt ist. Die Ausführung der Musikstücke wird sich auf Händel'sche Kompositionen beschränken. Die musikalische Leitung hat Herr Costa übernommen. Der Chor wird 1100 Stimmen und das Orchester 300 Streich-Instrumente (76 erste Violinen, 74 zweite Violinen, 50 Alt-Violen, 50 Celli und 50 Contre-Bässe), so wie 90 Blas-Instrumente zählen. Die für das Orchester errichtete Bühne hat eine Breite von 168 Fuß (38 Fuß mehr als in der Exeter Hall) und eine Tiefe von 91 Fuß. Die Orgelbauer Gray und Davison haben eigens für dieses Fest eine riesenhafte Orgel gebaut.

Italien. Aus Nizza, 21. April wird dem „Nord“ telegraphirt: Die Kaiserin-Mutter von Rußland verläßt Nizza heute. Sie wird sich um 7 Uhr Abends zu Villafranca an Bord der Fregatte „Olaf“ nach Civita Vecchia einschiffen. Der „Olaf“ kommt von Toulon, wohin er den Großfürsten Konstantin gebracht hatte.

Spanien. Die Königin verläßt wegen ihres interessanten Zustandes auf Veranlassung der Aerzte den Palast nicht, und man zweifelt, daß sie in der Lage sein werde, in eigener Person die Cortes zu eröffnen. — In offiziellen Kreisen spricht man mit besonderem Nachdruck von einem karlistischen Komplotte zu Rioja. Es soll auf nichts weniger als auf Ermordung der höchsten Beamten und Verwüstung verschiedener Häuser abgesehen sein. Nur durch die militärischen Maßregeln von Logrono aus wären diese verberblichen Pläne vereitelt, das Leben und das Eigenthum der Bürger sicher gestellt worden.

Asien. Die teheraner Hofzeitung vom 25. Februar bringt den Bericht des Schudscha-ul-Mulk vom 8. Febr. über Ereignisse vom 7. Febr., wonach die Engländer zuerst zum Rückzuge und zur Verbrennung ihres Gepäcks genöthigt und von den Persern bis 4 1/2 Stunde von Abuschähr verfolgt sein sollen; hier erhielten die Engländer Verstärkung von zwei Regimentern Infanterie, 400 Reitern und zehn Kanonen und machten nunmehr kehrt. Es kam zu einem Kampfe, in welchem die 3000 Mann Infanterie, 300 Reiter und 12 Kanonen starken persischen Streitkräfte bei dem heftigsten Regen vor Tagesanbruch 4 1/2 Stunde hindurch den Engländern nicht allein den tapfersten Widerstand geleistet, sondern zweimal mit dem Bayonette die feindlichen Reihen durchbrochen haben sollen. Die Verluste der Engländer giebt die teheraner Hofzeitung auf 800 bis 1000 Mann, die auf persischer Seite auf nur „300 bis 600 Kombattanten“ an. Nach einem anderen aus Karz in Teheran am 6. März eingetroffenen Kurier hat, wie der „Nord“ berichtet, der Feind 1700 bis 1800 Mann eingebüßt, während der Perser nicht über 3. bis 400 Mann verloren, auch ihre Kanonen, die auf dem Schlachtfelde im Schlamm stecken geblieben, wieder herangeholt haben wollen. Der teheraner Korrespondent des „Nord“ behauptet sogar, die Engländer hätten ihre Verwundeten direkt zu Schiff gebracht, „um ihre Verluste der Bevölkerung von Abuschähr zu verbergen,“ und die englischen Truppen, die in diesem Hafen geblieben waren, hätten sich aleichfalls aufs Meer zurückgezogen. Die ganze Färbung des nuntlichen Artikels, so wie die Stimmung, die sich in der teheraner Korrespondenz des „Nord“ verräth, sind keine Anzeichen für die sichere Ratifizierung des Friedens-Vertrages von Seiten des Schah.

Amerika. Der Korrespondent des „N. York Courier and Enquirer“ in Washington theilt mit, daß die Frage, ob Verstärkungen nach China zu senden seien, vom Kabinette noch immer berathen werde, daß aber aller Wahrscheinlichkeit nach, eine achtunggebierende Flotte dahin unter Segel gehen wird, und daß, außer größeren Kriegsschiffen, leichte Schaluppen bereits nach den chinesischen Küsten beordert seien. Kommodore Perry, so hieß es, werde das Geschwader befehligen. — Der britische Gesandte, so

melbet dieser Berichtersteller weiter, soll sich mit der von der amerikanischen Regierung beschlossenen Politik vollkommen einverstanden erklärt haben, die der Hauptache nach darin bestehen dürfte, eine starke Flottenmacht zur Wahrung der amerikanischen Interessen und zur Erreichung neuer Vortheile in die chinesischen Gewässer zu entsenden, und einen hochstehenden Bevollmächtigten zu ernennen, der im Nothfalle eine Stütze an der Flotte findet wird, d. h. wenn die amerikanischen Interessen bedroht sind, und die chinesische Regierung nicht einwilligt, den Amerikanern gewisse, jetzt zu fordernde, Handelsvortheile zu gewähren. — Der „Baltimore Republican“ erzählt folgendes von einem in Winston (Maryland) vorgekommenen Duell: Die Gegner waren mit ihren Beinleidern an einen zwei Zoll dicken Eisenballen befestigt. So fochten sie mit Bowie-Messern, bis der Eine, Namens Drain, tödtlich verwundet war. Sein Gegner, Pendleton, war seinerseits beinahe in Stücke zerhackt, so daß man an seinem Aufkommen verzweifelt. Ein Theil seines Messers steckt noch immer in Drains Kopf, und die Aerzte haben Beide aufgegeben. Drain ist 22 und Pendleton 13 Jahre alt.

Telegraphische Depeschen.

Paris, Mittwoch 22. April. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, wonach 57 Offiziere und Matrosen der französischen Marine den Orden der Ehrenlegion erhalten haben.

Kopenhagen, Mittwoch 22. April, Abends. Im heutigen „Faedrelandet“ wird der Erlaß einer schwedischen Zirkularnote gegen Scheele's antiscandinavische Zirkulardepesche bestätigt. Dieselbe enthält einen Protest gegen den von Scheele ausgesprochenen Tadel der Handlungen des Königs von Schweden und ersucht über dessen lange unmotivirte Abhandlung, betreffend einen Gegenstand, dessen Behandlung bisher nur einer literarischen Wirksamkeit angehörte. — „Faedrelandet“ hält sämtliche zirkulirende Gerüchte über Besetzung der ledigen Ministerposten für durchaus unbegründet.

Paris, Donnerstag 23. April. Cesena ist aus der Redaktion des „Constitutionnel“ ausgeschieden.

Berliner Börse.

Donnerstag den 23. April 1857.

Die Börse war in ziemlich fester Stimmung, bei lebhaftem Geschäft stellten sich die Kurse von einigen Bank- und Eisenbahn-Aktien höher.

Eisenbahn-Aktien.	In- und ausländische Fonds
Berg.-Märk. —	Pr. Staatschuldsscheine 84 1/2.
Köchen-Maschinen 56 1/2.	Lehr. 5% Metall. 80 1/2.
Berl.-Hamburg. 112 1/2.	5% Nat.-A. 82 1/2.
Potsd.-Magd. 130 1/2.	250 fl. Pr.-Obl. 106 1/2.
Stettin 136 1/2.	Preuß. und voll eingezahlte
Anhalt 142 1/2.	ausländ. Bank-Aktien.
Rhein-Floden 146 - 5 1/2.	Prß. Bank-An.-Sch. 146 3/4.
Br.-Schw.-Frö. alt. 118 1/4 - 9 1/2.	B. Bank-Ber. 101 1/2.
do. do. neue 115 1/2.	B. Sdlsg.-A. 97 1/4.
Oberschl. Litt. A. 138 1/2.	Waar.-Kr.-A. 98 1/2 - 1/4.
do. Litt. B. 125 1/2.	Dis.-R.-A. 108 1/2 - 3/4.
do. Litt. C. 126 - 7 1/2.	Br. Bank-Akt. 125 - 27 1/2.
Cos. Obb. (Wilhelmh.) 75 1/2.	Darmst. „ 109 1/4 - 9 1/2.
Düsseld.-Eibersf. 143 1/2.	do. Zettel „ 92 3/4 - 1/2.
Rheinische 99 1/2.	Def.-Arch. „ 84, 83 3/4 - 84 1/2.
Thüringer 123 1/2.	Rold. Land. „ 101 1/4 - 2 1/2.
Stargard-Posen 96 1/2.	Leipz. Kredit „ 86 1/2 - 3/4.
Magdeb.-Halberst. 201 1/2.	Meininger „ „ 88 1/4.
Magdeb.-Wittenb. 47 1/2.	Defreich „ „ 133 1/2 - 3/4.
Mecklenburger 56 3/4 - 57 1/4.	Thüring. B.-Akt. 94 1/2, 94 - 1/4.
Fr.-Wibb.-Krd. 55, 54 3/4 - 55 1/2.	Weimarische 108 1/4.
Lubw.-Verb. 147 1/2 - 48 1/2.	Prß. Obligei.-Anth. 90 - 1/4.
Defr.-fr.-St.-E. 140 1/2 - 3/4.	Schl. Bank-B.-Anth. 92 3/4.

Getreide: Roggen per Frühjahr 41 1/2. — Spiritus loco 29 3/4 bz. — Rüböl loco 17 1/3

Verantwortlicher Redakteur: Franz Duncker in Berlin.

Druck: Jhr Duncker & Weidling in Berlin.
F. Weidling, Potsdamerstr. 20.

Berlin,
Verlag von Franz Duncker.

Hierzu 1 Beilage.